

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 114.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

1922.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 2. Februar.)

Abg. Kratz (Soz.):  
(Fortsetzung.)

Dann möchte ich noch eine kurze Bemerkung an den § 3 anschließen, wo es heißt: Besetzungen sind nur an andere höhere Lehranstalten zulässig. Diesen Punkt werden wir im Ausschuss bekämpfen, nicht etwa in dem Sinne, daß wir wünschen, daß den Herren irgend etwas von ihren Titeln oder Gehaltsansprüchen und dergleichen verloren gehen soll; aber wir können uns für die Zukunft noch nicht festlegen, und wenn etwa ein gewisser Lehrermangel eintritt oder sonst ein Umstand, so sehen wir es nicht als eine Degradation an, wenn die Herren auch wieder einmal an eine Volksschule versetzt werden sollten.

Nun ist bei der ganzen Umwandlung nur die eine schwere Frage, und das ist die Finanzfrage. Ich weiß, daß gerade hier außerordentlich große Schwierigkeiten vorhanden sind. Aber es ist unbedingt notwendig, daß wir auch einmal die hohen Kosten tun, um, wenn wir das Bildungswesen überhaupt auf ganz andere Grundlagen stellen wollen, auch hierfür die Gelder auszugeben. Und nachdem wir schon feststellen konnten, daß das Finanzministerium diesen Plänen kein Hindernis entgegenstellt, glaube ich auch, daß die ganze Finanzfrage einmal so geregelt werden wird, wie wir es im Interesse der Volksschulen wünschen. Die Lehrer, die dann einmal aus diesen neuen Schultypen hervorgehen, die hoffen wir erfüllt von dem Geiste eines Pädagogen, der da als die große Grundtendenz seines Lebens und Wirkens ausgeführt hat: Ich wollte durch mein Leben und Wirken weiter nicht als dem Volke zu helfen, das ich elend sah, wie es seiner elend sah, indem ich seine Leiden mit ihm trug, wie sie niemand mit ihm getragen hat. (Bravo!)

### Unterrichtminister Fleißner:

Ich möchte einen offensiblen Irrtum des Vorredners, Hrn. Abg. Kratz, richtigstellen. Ich habe, als ich kurz darauf hinwies, daß in einem Dresdner Seminar den entscheidenden Schulreformen Gelegenheit gegeben werden soll, einen Schulklassenzug einzuführen, ausdrücklich das Gegenteil von dem betont, was Hr. Kratz aus meinen Worten herausgehört hat. Ich habe ausdrücklich erklärt: Als wir die Sitzung hier hatten und uns über die Schulreformen unterhielten, da sind wir in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung gekommen. Also Meinungsähnlichkeit, nicht Meinungsverschiedenheit, gerade das Gegenteil von dem, was Hr. Kratz erklärt hat. Ich habe aber gesagt, und daraus scheint das Mißverständnis zu erklären zu sein, daß die entscheidenden Schulreformen über ihre Theorien und die Ausgestaltung ihrer Theorien im einzelnen verschiedene Auffassungen haben. Das ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann und die auch in der betreffenden Sitzung wiederum zum Ausdruck kam. Ich bin also mißverstanden worden.

Was nun die Namensfrage anlangt, die erwähnt worden ist, so darf ich selbstverständlich erklären: daran wird und soll die Sache nicht scheitern. Ursprünglich hatten wir in dieser Sitzung vereinbart, die Sache beim Seminar in Dresden-Blauen zu machen. Die entscheidenden Schulreformer, die hier vertreten waren, waren auch damit einverstanden. Sie haben aber selbst nachher erklärt, es ginge dort nicht. Jetzt haben wir Dresden-Strehlen im Auge. Wir werden sehen, ob die Sache da zu machen geht. Jedenfalls, die Aufgabe wird von uns so lösen versucht werden. Wir werden die Hand dazu bieten nach allen Möglichkeiten, die wir haben.

Hr. Abg. Kratz erklärte am Schluß seiner Ausführungen, und dazu möchte ich ein Wort sagen: an Ausgaben für das Schulwesen dürfe nicht gespart werden. Ganz mein Standpunkt und ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit betont: wenn mir der Landtag im allgemeinen nach der Richtung hin befähigt sein will, werde ich hocherfreut darüber sein, und wenn heute Hr. Kratz hier die Versicherung abgegeben hat, es sehe fest, daß das Finanzministerium seinen Bekenntnis leiste, dann nehme ich das erfreut zur Kenntnis.

### Abg. D. Wendt (Dichtn.):

Wir haben eben wieder gehört, daß der Hr. Unterrichtsminister aus der Reichsverfassung abgeleitet hat, daß die selbständigen Unterrichtsanstalten für die Lehrerbildung in der Reichsverfassung keinen Raum mehr haben. Das kann nach dem augenblicklichen Stande der Gesetzgebung nicht ohne weiteres zugegeben werden. Die Reichsverfassung bestimmt doch nur, daß die einheitliche Regelung der Lehrerbildung nach den Grundgesetzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, zu vollziehen ist. Das könnte an sich betrachtet genau so gut durch eine Reorganisation und einen Ausbau der Seminare geschehen, und auf diesen Standpunkt stelle ich mich zunächst.

Ich betone dabei zunächst, daß der Sturmlauf der evangelischen Kirche, von dem Hr. Abg. Kratz gesprochen hat, von ihm als eine rein vage Behauptung in die Aussprache geschleudert worden ist. Er hat aus Äußerungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts seine Schlüsse gezogen; er hat die Weibene Luther's beschworen, um das deutsche degenerierte Lutherium dem gegenüber-

zustellen. Ich möchte Hrn. Abg. Kratz warnen, die Weibene Luther's zu beschwören, das möchte ihm höchst ungemütlich werden, wenn sie über seine Pläne kommen. Aber jedenfalls ist davon gar keine Rede gewesen und sein Beweis auch nur versucht worden für die etwas leichtsin ausgekreute Behauptung, daß die heutige evangelische Kirche gegen den Umbau oder auch die Beseitigung der Seminare Sturm gelaufen sei. Dagegen sind gegen die Beseitigung der Seminare in der Tat recht ernsthafte Stimmen laut geworden. Selbst unter den sächsischen Seminarlehrern ist ein nicht kleiner Teil, der ganz entschieden der Beseitigung der Seminare abgeneigt ist. Auch Hr. Wirtschaftsminister Fleißner ist für die Beibehaltung der Seminare abgeneigt. Er hat vor nicht langer Zeit nachdrücklich erklärt, daß die Schule der Zukunft die Berufsschule sei. Gerade die seien auszubauen, und es müßten neue dazu gegründet werden. Ich weiß nicht, wie man die Seminare anders als Berufsausbildungsanstalten aufstellen will. Aus dem Kreise der Fachleute haben wir auf der Reichsschulkonferenz in Berlin ein Urteil gehört eines Mannes, der sich auf eine 30jährige Praxis berufen konnte. Er sagt: „Die bestorganisierte Schule, die gegenwärtig besteht, ist das Lehrerseminar. Warum? Weil hier der Berufsgebende leitender Gesichtspunkt ist. Hier hat die Weiterbildung eingezogen. Das Seminar ist entwicklungsfähig. Seine Beseitigung halte ich für einen schweren, nicht wieder gutzumachenden Schaden.“ Der Mann, der das gesagt hat, ist Prof. Dr. Wundt in Leipzig, eine in der ganzen Welt anerkannte und hochangesehene Autorität.

Warum geht man nicht zunächst vorsichtig so vor, daß man mit einigen dieser Anstalten einen Versuch macht und dann, wenn sie sich bewährt haben, das weiterführt? Wir haben vorher vom Hrn. Minister gehört, daß auch in diesem Stadium Sächsen Vorgehen für die zivilisierte Welt vorbildlich sein soll. Um so mehr empfiehlt es sich, daß Sachsen in dieser Beziehung vorsichtig ist. Es gibt aber gleich hier betont werden. Es gibt in Sachsen eine Reihe von sogenannten Stützseminaren, die beiden Katholische, das Landbismarckische und das Katholische, das Fürstlich-Schönburgische in Waldenburg, das Fürstlich v. Pleßische in Dresden. Das sind Anstalten, die ohne Verletzung des Stützseminarwesens nicht ohne weiteres aufgehoben oder auch umgebaut werden können. Wir werden also jedenfalls in dieser Beziehung zu § 1 einen Zusatz vorschlagen müssen.

Wie soll aber nun in Zukunft, wenn es keine Seminare mehr gibt, die Ausbildung der Lehrer vollzogen werden? Ich gebe zu, daß diese Frage nicht unmittelbar von der Vorlage gebührt, sie soll so durch ein besonderes Gesetz, das uns in Aussicht gestellt ist, erledigt werden. Immerhin greift die Begründung selbst in der Erklärung zu § 1 in diese Materie über, indem sie erklärt: Die beiden Volksschullehrerseminare von Leipzig und Dresden sollen in pädagogische Institute umgewandelt werden, die mit der Universität und der Technischen Hochschule in Verbindung stehen. Was bedeutet das? Das bedeutet die Auseinanderreißung der methodischen und schulpraktischen Erziehung der künftigen Lehrer. Die enge Verbindung der theoretischen Bildung mit der praktischen Auleitung ist dringend wünschenswert; sie ist eine Krone der bisherigen Seminare gewesen, deren von Hrn. Kratz gepriesene Harmonie und deren von ihm mit Recht auf den Leuchter gestellte Einheitlichkeit von Methodik und praktischer Schulung eben hierauf beruht. Andere bisherigen Seminare waren durchaus so eingerichtet, daß Geübtheit mit verständnisvoller und gewissenhafter Unterrichts- und Erziehungstätigkeit der Grundgedanke war. Schon auf der ersten Stufe wurden Übungen im Erklären, Vorbereiten einer Unterrichtsstunde u. dgl. geübt; in der anderen Stufe gemeinsamen Anhören von Unterrichtsstunden, in der zweiten Klasse Besprechung der zugeteilten Aufgaben, der Lehrübungen, der gemachten Erfahrungen, der Erziehungsmaßnahmen usw. Dabei leiteten hier und in der folgenden Klasse vier Stunden wöchentlichen Hospitiens und Lehrübungen in den Seminarübungsstunden ein; das alles in enger Verbindung mit dem methodischen Unterricht, der erteilt wurde. Wie wichtig das ist, kann ein abgemessener Lehrer vielleicht aus seiner Erfahrung bezogen. Woran hat das Studium der Pädagogik an den Universitäten bisher zweifellos geknackt? Daran, daß den Studierenden, wenn sie an diese Materie kamen, die praktischen Unterrichts- und Erziehungsaufgaben Anschauung, Verständnis und darum Interesse fehlte. Das wird jeder Lehrer der Pädagogik an der höheren Schule bestätigen. Soll das in Zukunft wieder so werden, indem man diese Teile des Lehrplans so auseinanderreißt, daß hier die Universität die Methodik und dort das Institut die Praxis treibt?

Dann noch eine Frage: wie sollen für die praktische Berufsausbildung zwei Akademien, Leipzig und Dresden, bei der großen Zahl der Seminaristen genügen? Und dann: Was soll — und das ist die wichtigste Frage — aus den bisherigen Seminaren werden? Unsere Vorlage antwortet: höhere Lehranstalten. Wir haben bisher in Sachsen 19 Gymnasien, 21 Realgymnasien, und 11 Oberrealschulen gleich 51 höhere Schulen. Von diesen höheren Schulen hat sowohl Hr. Abg. Dr. Seyfert wie Hr. Abg. Schneider am 10. Januar d. J. hier erklärt, daß wir der höheren Schulen zu viele haben und daß die Zahl der Anstalten unbedingt abgebaut werden muß. Dieser Tatsache gegenüber berührt es eigenartig, wenn man von den 26 Lehret- und Lehrerinnenseminaren 21 in höhere Schulen umwandeln und dadurch die Zahl der höheren Schulen

in Sachsen auf 72 vermehren will. Das bedeutet eine künstliche Konkurrenz, die der Staat seinen und den sächsischen Schulen schafft, die nicht als erfreulich angesehen werden kann. Die Konkurrenz wird aber in einer zweifachen Weise erhöht. Die künstliche Aufbauschule will, wie die Vorlage sagt, wenig bemittelten Volksgelbes dienen, und die Vorlage sieht für eine große Anzahl von Freistellen vor. Wir haben also jetzt für viele Kinder unseres Volkes eine vollständig unentgeltliche Schulbildungsmöglichkeit bis zur Universität, erst die unentgeltliche Volksschule und dann die unentgeltliche Aufbauschule. Dieser Tatsache gegenüber steht die unangenehme immer tiefer bohrende Schraube der Erhöhung des Schulgelbes an den höheren Schulen. Unsere höheren Schulen haben nicht Ständeschulen sein wollen, aber durch diese Entwicklung, daß man sie zu immer höherer Steigerung des Schulgelbes nötigt und daneben den unentgeltlichen Weg zur Universität freihält, zwingt man sie, sich zu Ständeschulen auszubilden (Sehr wahr! recht!). und greift ihnen zugleich das Wasser ab. Das ist eine überaus verhängnisvolle Entwicklung. Und die Konkurrenz wird durch ein Zweites ganz außerordentlich erhöht. Die neue Deutsche Oberschule, man mag aber sie denken, wie man will, wird jedenfalls der leichteste Weg zur Universität sein. (Sehr richtig! bei dem Signal.) Damit wird sie ihrerseits — das wird der starke Junge zu diesen Schulen beweisen — eine ganz außerordentlich gefährliche Konkurrenz gegen das bestehende höhere Schulwesen sein. Ich fürchte, in den entscheidenden Kreisen will man das eben und wünscht den alten höheren Schulen, namentlich den Gymnasien, das Wasser abzugraden. Und dabei sind die durchwegs kraftvolleren Gegenwartsformen verlassene Schulen unserer modernen Zeit. Ich zitiere das eine Wort, das jüngst der hier so stark geschätzte Sächsische Pädologenverein als seine Lösung ausgesprochen hat: Einführung in die moderne Kultur auf geschichtlich-antiker Grundlage. Das ist die Aufgabe dieser Schulen. Warum liebert man nicht, laut neuer höhere Schulen zu gründen, einer Reihe dieser Schulen Förderstellen ein? Warum verbindet man nicht namentlich mit den bestehenden Schulen in großer Anzahl die zu gründenden, aus den alten Seminaren herauszuleitenden höheren Deutschen Oberschulen? Es wird immerhin doch ernstlich erwogen werden müssen, ob nicht dieser Weg zu gehen ist.

Was die Deutsche Oberschule betrifft, wird sie wirklich Gleiches leisten können, wie die alten höheren Schulen mit ihrem sprachlichen Unterricht? Was heißt arbeiten, wie es in der Schul- gelehren werden soll? Arbeiten heißt schaffen, heißt erarbeiten. Gibt wirklich eine Deutsche Oberschule so viel Möglichkeit zum Erarbeiten, wie es die Schule mit ihrer in schwerer Schaffungsarbeit zu bewältigenden Herrschaft über fremde Sprachen bräute? Im deutsch-sprachlichen Unterricht will man in der Deutschen Oberschule, die die Umwandlung des deutschen Theaters behandeln, aber man will mit den Jungen reden von der Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte der mittelalterlichen Städte. Über solche Themen kann man viel Interessantes erzählen, man kann auch hübsche Bildchen davon zeigen, aber sind das Gebiete, auf denen sich der Schüler etwas erarbeiten, an denen er produktiv arbeiten lernen kann? Ich fürchte, nach dieser Seite wird die Deutsche Oberschule, was die Gewinnung der Eignung zum akademischen Studium betrifft, gegenüber der fremdsprachlich arbeitenden höheren Schule immer im Hintertreffen bleiben.

Darf ich schließlich einige offene Fragen stellen? Wo nimmt, wenn wir die Vorlage durchführen, der Staat in Zukunft die Gewähr her, daß ihm Lehrer zur Verfügung stehen? (Sehr richtig! recht!). Er läßt die Schüler auf die höheren Schulen jeder Art gehen, denn auch die alten werden ja in Zukunft zur Vorbereitung künftiger Lehrer mit zu dienen. Wie viele aber von den Abiturienten dieser Schulen werden, wenn sie sich die Universitätsreise erworben haben und nun als freie Leute dastehen, sich nach dem Lehrberuf zuwenden wollen? Wie viele werden geneigt sein, in ein Gebirgsdorf Sachsen als Lehrer zu gehen, wenn ihnen vielleicht in der Wissenschaft und in der Technik und im Handel ganz andere vielversprechende Aussichten winken? (Sehr gut! recht!).

Zweitens: die neue Deutsche Oberschule ist vorläufig ein reines Gedankenbild. Es besteht für sie bisher weder ein Lehrplan noch ist für sie eine Berechtigung festgesetzt. Wir haben eben wieder gehört, daß man von der Frühjahrsschulkonferenz erwartet, daß sie nach der Seite etwas schaffen werde. Noch ist bisher diese Deutsche Oberschule überhaupt nicht offiziell in den Gesichtsfeld des Landtags getreten. Wie will entgegenüber die Staatsregierung es verantworten, wenn sie ihrerseits mit behördlicher Anordnung veranlaßt hat, daß hin und her im Lande die Anmeldung für diese Schulen entgegengenommen und zu ihr aufzufordern wird? Das ist ein Vorwegnehmen einer Verantwortlichkeit, die eben vorläufig noch in keiner Weise Wirklichkeit ist, und das ist doch nicht ohne Bedenken.

Die Vorlage sichert weiter den jetzt im Amt befindlichen Seminarlehrern zu, daß sie nach Maßgabe des Bedarfs an andere höhere Lehranstalten überwiesen werden sollen. Was geschieht aber, wenn ein solcher Bedarf nicht vorhanden ist? Wir haben gegenwärtig schon in Sachsen eine überaus große Zahl von höheren Lehrern, die nicht beschäftigt sind. Es wäre nicht ohne Wert, wenn wir darüber etwas zu hören vermöchten.

Weiter, die Vorlage sichert in der Begründung erfreulicherweise den Beteiligten zu, daß sie gehört werden sollen. Das möchte nicht nur bei Schneeberg der Fall sein, sondern auch bei den sächsischen Vororten Leipzigs, die auch eine solche Oberschule haben wollen. Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß die zugelegte Rücksichtnahme im weitesten Umfange zur Tat werden möge.

Schließlich ist die Vorlage auch gesetzlich nicht einwandfrei. (Sehr richtig! recht!). Wir stimmen aber dem schon gestellten Antrage durchaus zu, daß sie an den Rechtsausschuß verwiesen wird, und werden dort nach Kräften mitarbeiten, daß aus dieser Vorlage etwas Brauchbares wird, denn so, wie sie jetzt ist, trägt sie den Charakter des Unerbittlichen an sich. (Bravo! recht!).

### Abg. Dr. Herrmann (Dicht. Sp.):

Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir uns der Vorlage Nr. 99 wohlwollend gegenüberstellen. Gleichwohl fühlen wir uns verpflichtet, die entsprechende Kritik an der Vorlage zu üben, zunächst einmal in bezug auf die Heranbringung der Vorlage an den Landtag. Die Gesetzesvorlage ist bereits überholt durch eine Verordnung, die am 4. Januar d. J. ergangen ist. Es sind die Ereignisse der Beratung und der Beschließung der Vorlage in Wirklichkeit vorausgegangen.

Zweitens nimmt die Vorlage vor, was erst noch kommen muß. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß das Gesetz über die deutsche Lehrerbildung und vorgelegt werden muß und daß das Gesetz über die Deutsche Oberschule und Aufbauschule vom Landtag beraten werden muß. Wenn eine Regierung früherer Zeiten so verfahren wäre, dann möchte ich die Kritik gehört haben, die man an einem solchen Verfahren geübt hätte. (Sehr richtig! recht!). Im übrigen erklären wir uns entsprechend der Bestimmung der deutschen Reichsverfassung in Art. 143 Abs. 2 bereit, an der Beschließung dieser Vorlage mitzuarbeiten. Freilich wollen wir bei der Beschließung dieser Vorlage auf gewisse Dinge doch einen gewissen Nachdruck legen. Wir weisen zunächst auch darauf hin, daß es zu viel höhere Schulen gibt. Aber wir verschließen uns auch nicht der Notwendigkeit, doch aus den bestehenden Seminaren irgendeine neue Anstalt hervorgehen zu lassen. Es sind ja die Gebäude da, die Lehrkollegien sind da. Freilich muß auch hier betont werden, es wäre richtig gewesen, alle Anstalten nicht mit einem Male in den neuen Zustand hinüberzuführen und die gesamte Ausbildung der Lehrer durch eine solche Schulummwälzung über den Haufen zu füttern, was vielleicht katastrophale Nachwirkungen später noch nach sich ziehen kann.

Tabel bedeutet das Fehlen einer Reichsvorlage über die deutsche Oberschule für uns bei der Umwandlung der Seminare in diese Schulart eine besondere Erleichterung. Die deutsche Oberschule nach dem Typ A, die bloß eine Pflichtsprache vorsieht, erscheint uns gegenüber den jetzigen Seminaren tatsächlich als ein Rückschritt, und zwar deswegen, weil sie leichter Forderungen an die Fähigkeiten der Schüler stellen wird. (Oh! links.) Wir sind davon überzeugt, daß auch für ein späteres Studium eine Reichssprachprüfung auf jeden Fall gut und geradezu eine Bedingung sein muß. Es wird uns also der Typ B in der Reform der Seminare und der Umwandlung der Deutschen Oberschule die angenehmere Form sein, weil sie besser dem Zweck entspricht, für diejenigen Schüler wenigstens, die sich einem Studium widmen wollen. Im allgemeinen sind wir davon überzeugt, daß die einseitige Reform der Lehrerbildung eine wesentliche Vertiefung an den Quellen der Wissenschaft für die Bildung der Lehrer eintreten wird. Und wir sind ferner davon überzeugt, daß durch diese vertiefte Bildung auch dem ganzen Volke eine höhere Bildungshöhe zu teil werden wird.

Wenn gesagt worden ist, es wäre vielleicht nicht möglich, oder es würde vielleicht nicht eintreten, daß sich viel als Kandidaten für den Volksschullehrerberuf finden werden, weil man nicht in ein Gebirgsdorf oder in einen kleinen Ort gehen wolle, so kann man das leicht mit Gegenargumenten entkräften: es gehen auch Ärzte und Pfarrer auf die Dörfer, warum soll nicht auch ein Lehrer mit akademischer Bildung auf das Dorf gehen?

Aber sehr wichtig erscheint mir die Finanzfrage bei der ganzen Reform unserer Volksschullehrerbildung, insbesondere in der Volksschullehrerausbildung. Es wird in Zukunft den Kreisen, aus denen bisher die Volksschullehrer kamen, schlechterdings nicht gut möglich sein, 60, 80 oder 100.000 Mark aufzurufen, um ihre Söhne diesen Beruf erlernen zu lassen. Wir überlassen es der Zukunft, was in dieser Beziehung diese Gesetzesreform und diese Umwandlung der Lehrerbildung bringen wird. Wir freuen uns, daß in dem Gesetzentwurf die Lehrerberechtigungen an der Lehrer gewahrt werden sollen, wenn sie von einer Anstalt an die andere übernommen werden. Wir legen gerade darauf das Hauptgewicht. Wir halten es aber für bedenklich, der Regierung eine vollständige Vollmacht zu geben, in was für Schulen die Seminare in den einzelnen Orten umgewandelt werden sollen.

Ein Wort zu der Einrichtung der pädagogischen Institute! Ich habe starke Bedenken, ob bei der Lehrerbildungsreform diese pädagogischen Institute ihre Aufgabe erfüllen können, wenn nebenbei der Lehrer noch ein intensives Studium betreiben soll. Es erscheint mir geradezu unmöglich, daß ein Lehrer, der 20, 24 oder gar